



Befristung einer Ausweisung gemäß § 11 Abs. 1 S. 3 AufenthG

Bundesverwaltungsgericht Beschluss vom 20.08.2009 – 1 B 13.09 – InfAuslR 11-12/2009/445

Franz Hoß

Immer wieder wird die Auffassung vertreten, dass die Befristung einer Ausweisung erst möglich sei, wenn der Ausländer die BRD verlassen hat. Dies ist falsch, wie das Bundesverwaltungsgericht in der genannten Entscheidung ausführlich dargelegt hat. Ergänzend hierzu kann auf eine sehr gründliche und überzeugende Entscheidung des Verwaltungsgerichts Darmstadt (Beschluss vom 17.12.2009 – 5 K 115/09 .DA – InfAusl.Recht 4/2010/160) verwiesen werden.

Es ergibt sich danach die folgende Rechtslage:

- Ob eine Ausweisung schon zum Zeitpunkt der Ausweisung oder erst später zu befristen ist, ist eine Frage des Einzelfalles. Die weit verbreitete Auffassung – auch vom Berufungsgericht –, dass eine Befristungsentscheidung „in der Regel“ der Ausweisung nachfolgt, weist das Bundesverwaltungsgericht zurück.
- Die entscheidenden Gesichtspunkte für die „Entscheidung im Einzelfall“ ergeben sich aus dem stets zu beachtenden Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Insbesondere, wenn der Schutzbereich des Art. 8 EMRK (Gesichtspunkt des faktischen Inländers) oder Art. 6 GG (Schutz von Ehe und Familie) berührt ist, ist die Möglichkeit der Befristung bereits zusammen mit der Ausweisungsverfügung zu prüfen.
- Darüber hinaus hängt es von den gesamten Umständen des Einzelfalles ab, insbesondere dem Ausmaß der vom Ausländer ausgehenden Gefahr, der Vorhersehbarkeit der zukünftigen Entwicklung dieser Gefahr und den schutzwürdigen Belangen des Ausländers und seiner Angehörigen, ob eine Befristung schon bei der Ausweisung von Amts wegen geboten ist oder erst später auf Antrag vorgenommen wird.

Aus diesen Abwägungskriterien ergibt sich:

- Bei der Frage, ob und wann zu befristen ist, sind ausschließlich abwehrspezifische Gesichtspunkte im Hinblick auf mögliche Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu berücksichtigen. Nach deutschem Recht ist das Aufenthaltsverbot des Ausländers nicht als Nebenstrafe konzipiert, da Sanktionsgedanken dem Aufenthaltsrecht fremd sind.
- Die Behörde hat daher ausschließlich die für und wider sprechenden gefahrenspezifischen Kriterien des Falles heraus zu arbeiten, zu gewichten und dementsprechend den Zeitpunkt festzulegen, ab dem eine Gefährdung der Öffentlichkeit ausgeschlossen werden kann.
- Von einer Befristung darf nur dann abgesehen werden, wenn im Zeitpunkt der behördlichen Entscheidung noch keine Prognose über den Zeitpunkt des Wegfalls der Gefährdung möglich ist.

Unter Berücksichtigung dieser generellen Gesichtspunkte – die in der oben genannten Entscheidung des Verwaltungsgerichts Darmstadt sehr systematisch und im Detail dargestellt werden – kann eine Befristung auch bereits vor der Ausreise des Ausländers geboten sein.

Da Befristungsanträge noch immer viel zu oft bei den Ausländerbehörden von unzulässigen Sanktionierungsgedanken beherrscht und damit oft auf die lange Bank geschoben werden, ist es ratsam, nach Ablauf von drei Monaten seit Antragstellung eine Untätigkeitsklage gemäß § 75 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) zu erheben, wenn die Behörde nicht in der Lage ist, zureichende Gründe dafür vorzutragen, warum die Befristungsentscheidung immer noch zurückgestellt wird.